

Die Provinz

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerfrühes Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Hedra — Banverein Arten.

Nr 36

Sonnabend, den 24. März 1928

41. Jahrgang

Die Hag.

Ein Minister von heutzutage hat's nicht leicht. Mit tausend Leuten muß er sich herumärgern, mit den Parteien, die immer alles besser wissen wollen, mit den Zeitungen, die ihn kritisieren — und im Reichstag oder im Landtag muß er sich hundertmal Nieden anhören. Wehe ihm, wenn er etwa austreißt; dann raucht die Empörung riesenhoch.

Mit tausend Leuten muß er aber auch herumärgern. Mit den Parteien, seinen eigenen vor allem, mit Parlamentariern und Journalisten, mit der Presse und beherrschenden Organisationen jeder Art, fremden Gesandtschaften usw. Und wehe ihm, wenn er sich irgendwo „drückt“; dann ist alles empört. Ein bekannter Staatssekretär hat einmal melancholisch geäußert, er mag während des Winters sozusagen aus dem Branding gar nicht heraus.

Und dabei hat so ein Minister schließlich doch noch allerhand anderes zu tun, nämlich zu arbeiten. Sein Ministerium nicht bloß zu „leiten“, sondern Entscheidungen von bisweilen allerschwerster Tragweite zu treffen, die vorher einbräutigliche Arbeit verlangen.

Aber all dieses hat an den Verfasser Empfang der Vertreter der Provinzpresse Dr. Stresemann ein humoristisch-bemerkenswertes Klagegedicht gefunden und dabei an das Wort Wilsons erinnert, daß viele Diplomaten an den Diners zugrunde gehen. „Es sei die richtige „Hag“, um diesen weltbekannten bayerischen Ausdruck zu gebrauchen. Aber nicht bloß im geschäftlichen Leben, sondern auch im gesellschaftlichen und nicht zuletzt im politischen Leben. Man komme ja schon fast gar nicht mehr dazu, in ein ordentliches Theater oder in ein Konzert zu gehen, läßt die Minister auf, seine auch kaum dazu, einmal ein vernünftiges Buch zu lesen — was doch alles schließlich für einen geachteten Menschen eine Annehmlichkeit ist. Überall dieses Hag, und die Hauptlast, nämlich die Vorkämpfer, liegt uns ja noch bevor! Dem zur Hag wird der Wahlkampf, wenn er allzulange dauert. Infolgedessen solle man doch lieber möglichst schnell wählen, schlägt Stresemann vor. Doch daraus wird kaum etwas werden. Dann schließt die Hag die letzten humoristischen Versus über die Zeitungen aus: „Es gibt zwar in der Großstadt und sie erscheinen zu oft. Ja, es ist wirklich so: ebenjovonig wie der Großstadtmensch — übrigens nicht bloß in Deutschland — seinen Augenblick seines Lebens nicht ist, ist er auch nur zwei, drei Stunden davon fester, daß man ihm eine neue Zeitung vor die Nase hält. Dem Morgenrauchen bis in die tiefe Nacht hinein ist sein Weg mit „neuesten Ausgaben“ gepflastert — nicht zugunsten wirklicher Lektüre dieser Blätter. Und auch nicht zugunsten der Redaktionsarbeit, denn die Städte der größten Hag ist sicherlich eine moderne großstädtische Redaktionsarbeit. Dr. Stresemann plädiert für eine tägliche nur einmahlige Zeitungsausgabe.“

Sicherlich würde dann die Qualität des deutschen Zeitungswesens sich bessern, weil mehr Wert auf die geistige Verarbeitung als auf die wahllos zusammengeackelte Massenarbeit des Stoffes gelegt werden könnte. Von anderer Seite wurde auf dem Empfang gerade hierüber ein in humoristischer Form gekleidetes, aber sehr ernsthaftes Wort gesprochen, nämlich der Hinweis darauf, daß es außerhalb Berlins, jener Zeitungswelt und seiner öffentlichen Meinung auch noch ein Deutschland gibt, „Provinz“ — wie mit einem gewissen Betonteil freundschaftlicher Duldsamkeit, aber unmissverständlich zweifelsfrei geäußert wurde. Daraufhin kann aber — wenigstens in Deutschland — die Provinz mit einem deutlichen: „Doch! Wir sind auch noch da!“ antworten. Schließlich unterliegen ja nur fünf Millionen Berliner dem unmittelbaren Einfluß der großstädtischen „Hag“, Presse, also nur der dreizehnte Teil der deutschen Gesamtbevölkerung. Die „Provinz“presse hat also einen zahlenmäßig weitaus stärkeren Einfluß und vermag ihm wahrzunehmen, vielleicht sogar besser als drinnen auf dem Alpfaß der Großstadt, weil eben hier die Hag nicht so groß ist. Weil es ihr mehr auf das Wie und Was ankommt als auf das Woher. Und weil sie, Diesel Verlässliches Wort getren, mehr auf die Nützlichkeit als auf die Fiktion legt. „Provinz“presse mit jenem Beifang freundschaftlicher Duldsamkeit — nun, Wisnard wählte ein bekanntes großes Provinzialblatt zum publizistischen Organ seiner angesehensten Ansichten und Absichten; auch nach seinem Abschied aus dem Amt hat er bekanntlich wieder eine Provinzzeitung als „Propheten“ benutzt.

So ist denn gerade die „Provinz“presse weit besser selbst als der Ruf, der ihr von gewissen Teilen der großstädtischen Presse angehängt worden ist. Sie misbräucht nicht den großen Einfluß, den sie besitzt, ist — das muß ruhig einmal gesagt werden — veranwortungsbewußter, muß die Chancen und Worte schärfer gemacht werden wie in der Großstadt, wo in der „Hag“ die Worte und Gedanken, kaum hervorgerufen, schon wieder wie eine schnell gefessene Zeitung beiseitegeworfen werden.

Die Bedeutung der Parteien.

In seiner Rede vor dem Verband der auswärtigen Presse kam Dr. Stresemann auch auf die Bedeutung der Parteien zu sprechen. Die Parteien, so meinte er, sind heute mit viel größerer Verantwortlichkeit in das Staatsleben eingeschaltet als früher. Es wäre durchaus eine distinktionssfähige Idee, das den Parteien nach der Stimmzahl, die sie erhalten haben, die Wahllokalen zu verteilen. Es darf nicht sein, daß für das öffentliche Leben bewandte Kräfte, die die Wahlkosten nicht bezahlen können, von der Mitwirkung am politischen Leben ausgeschlossen werden. Ohne ein Zusammengehen von Parteien können wir in Deutschland nicht regieren, und wie ist unsere heutige Zeit in den Augen der Welt weniger schön erschienen, als während der Zeit wochenlanger Verhandlungen über die Regierungsbildung. Ohne Wahlkosten ist eine Wahl in Deutschland nicht möglich. Lassen Sie uns hoffen, daß Einigkeit und Sachlichkeit über diejenigen den Sieg davontragen, die glauben, daß nur eine Partei irgendwie das Gute für Deutschland bringen könne, und daß auch bei scharfer Kampfe eine bleibt, die Singabe an Volk und Vaterland, wie sie die Persönlichkeit des Reichspräsidenten auszeichnet.

zahl, die sie erhalten haben, die Wahllokalen zu verteilen. Es darf nicht sein, daß für das öffentliche Leben bewandte Kräfte, die die Wahlkosten nicht bezahlen können, von der Mitwirkung am politischen Leben ausgeschlossen werden. Ohne ein Zusammengehen von Parteien können wir in Deutschland nicht regieren, und wie ist unsere heutige Zeit in den Augen der Welt weniger schön erschienen, als während der Zeit wochenlanger Verhandlungen über die Regierungsbildung. Ohne Wahlkosten ist eine Wahl in Deutschland nicht möglich. Lassen Sie uns hoffen, daß Einigkeit und Sachlichkeit über diejenigen den Sieg davontragen, die glauben, daß nur eine Partei irgendwie das Gute für Deutschland bringen könne, und daß auch bei scharfer Kampfe eine bleibt, die Singabe an Volk und Vaterland, wie sie die Persönlichkeit des Reichspräsidenten auszeichnet.

Die Reichsbahn von Millionen geschädigt.

Ein unerklärlicher Reichsbahnüberbauart. Bei dem größten deutschen Unternehmen, der Reichsbahn, ist eine Verlesungsbauart aufgedeckt worden. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft hatte bereits im Herbst vorigen Jahres einen Ausschuss zur Reorganisation des Eisenbahnenzentrums als, das mit seiner tausendköpfigen Beamten- und Angestelltenmasse der Überführung ermahnte, eingeseht. Gerüchte über Verlesungen und andere Unregelmäßigkeiten kursierten schon damals.

Nachdem genügend Verlesungsmaterial gesammelt war, wurde vor ungefähr sechs Wochen die Staatsanwaltschaft benachrichtigt, die nunmehr ihre Untersuchung so weit vollendet hat, daß die Verlesung des Oberbauart's Schulte von Eisenbahnenzentrums zu erweisen ist. Die Verlesung des Oberbauart's ist ein von einem Unternehmen für rund 100 000 Mark erhalten haben. Der beschuldigte Oberbauart Schulte, der beim Eisenbahnenzentrums in erster Linie als Konstrukteur tätig war, hatte eine Erfindung gemacht, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Achslagerachsen brachte. Als Beamter hätte er diese Erfindung seiner Behörde zur Verfügung stellen müssen. Das ist Oberbauart Schulte jedoch nicht, sondern er schloß im November 1924 mit einer Kölner Firma einen Vertrag, in dem ihm für alle Anläufe der Schutzpatente Lagerachsen durch das Eisenbahnenzentrums

eine Provision von 5 Prozent zugesichert wurde. Schulte verhandelt es, auf die Verlesungsabteilung inoffiziell Einfluss zu nehmen, daß von dort aus tatsächlich die Kölner Firma in sehr leichter Weise herangezogen wurde. Er soll jedoch die ihm zustehenden Lizenzgebühren nur zum Teil erhalten haben. Auf dem Wege von Köln nach Berlin ist ein Teil der für ihn bestimmten Summen hängengeblieben und von einem Angestellten unterschlagen worden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Untersuchung noch weitere Aufschlüsse bringen wird, zumal jetzt auch noch andere Gerüchte ernstlich nachgeprüft werden sollen, die über das Zentrum im Umlauf sind.

Wie hoch die gezahlten Verlesungsgelder insgesamt sind, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Bestimmt jedoch, daß es sich um mehrere hunderttausend Mark handelt. Die Schäden, die die Reichsbahn erlitten hat, sollen sich auf mehrere Millionen Mark belaufen. Gegenwärtig werden die Verlesungsbücher und die Verleser der Eisenbahnen einer genauen Prüfung unterzogen. Die Kölner Firma Hans R. Co., Kommanditgesellschaft, ist in die Affäre verwickelt, es laufen aber auch noch gegen andere Reichsbahnlieferanten Verlesungsbücher wegen Beamtenbeschuldigung.

Das Gesetz über die Rentenbankfidej.

Im Reichstagsrat angenommen. Der Reichstagsrat hat die Novelle zur Änderung des Gesetzes über die Rentenbankfidej. in der Fassung der Ausschussbeschlüsse angenommen und an den Reichstag weitergegeben. Die neue Fassung weicht von dem Entwurf des Reichsernährungsministers Schiele in mehreren Punkten ab und nähert sich mehr dem von Preußen vertretenen Entwurf. Das Gesetz bestimmt:

1. Die Rentenbankfidej. kann Darlehen an private und öffentliche Unternehmen, deren Geschäftsbetrieb für die Förderung des Wohls von Land und Wirtschaftlichen Ergebnissen von allgemeiner Bedeutung ist, nur dann geben, wenn eine Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates zustimmt. Es dürfen aber solche Unternehmen durch Darlehen unterstützt werden, die sich durch die Verlesungsbücher der öffentlichen schon bestehenden Unternehmen in Verbindung befinden.
2. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält die Rentenbankfidej. die Befugnis, bis zur Höhe von 10 Prozent ihres Kapitals Darlehen auszunehmen, jedoch unter Ausschaltung des Depositenfonds und der Inanspruchnahme des offenen Geldmarktes.
3. Die Rentenbankfidej. kann sich in Zukunft auch an private und öffentliche Unternehmen, deren Geschäftsbetrieb für die Förderung des Wohls von Land und Wirtschaftlichen Ergebnissen von allgemeiner Bedeutung ist, mit Kapital beteiligen, jedoch nur dann, wenn der Verwaltungsrat mit zwei Dritteln der Gesamtsimmen dies beschließt. Der Gesamtertrag der Beteiligung darf fünf Prozent des

Kapitals der Rentenbankfidej. nicht übersteigen. Ausgeschlossen ist die Beteiligung auch hier an Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar mit der Rentenbankfidej. oder ähnlichen Kreditinstituten in Geschäftsverbindung stehen.

4. Die Rentenbankfidej. kann sich in Zukunft auch an der Rentenbankfidej. beteiligen, wenn der Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit der Gesamtsimmen dies beschließt. In der Beratung erklärte der bayerische Senator Dr. v. Preger, da die letzte Auflage die von Bayern ursprünglich ausgearbeiteten Wünsche erfüllte und einen Teil des Vorprogramms darstellte, sollte die bayerische Regierung der Verabschiedung sein Einverständnis in den Weg legen.

Die zukünftige Rentenbankfidej.

Das Reich und Preußen. Das preussische Kabinett hat eine Vereinbarung abgeschlossen, die zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Vertretern Preußens getroffen wurde. Nach dieser Vereinbarung wird der Reichstag wegen der Novelle über die Rentenbankfidej. befragt. Das Recht der Rentenbankfidej. Darlehen zu gewähren, wird auf 10 Prozent ihres Grundkapitals, also auf etwa 30-35 Millionen Mark, beschränkt. Weiterhin darf die Rentenbankfidej. Darlehens- und Beteiligungsgeschäfte nur mit den neuangelegten Abgabensummen durchführen, wobei der Weg zu den Geschäftskunden auch nur über die Preussische führen darf. Endlich bitten die von der Rentenbankfidej. zu erwerbenden Beteiligungen nicht höher als 5 Prozent des Grundkapitals sein, wobei für den Erwerb von Beteiligungen die Zustimmung von zwei Dritteln des Verwaltungsrates erforderlich ist.

Spanien wieder im Völkerbund.

Beischluß des Ministeriums. Der Madrider Kabinettsrat hat nach aus der spanischen Hauptstadt kommenden Meldungen unter dem Vorsitz Primo de Rivera den Beschluß gefaßt, der Aufnahme des Völkerbundes auf Vorschlag Spaniens in den Völkerbund zuzustimmen. In dem Beschluß des Kabinettsrates soll es heißen, daß Spanien vor zwei Jahren Veranlassung gehabt habe, sich vom Völkerbund zurückzuziehen, daß jedoch diese Gründe nunmehr in der Vergangenheit liegen. Spanien werde wieder in den Völkerbund, aus dem es niemals ausgeschieden sei. Der Beschluß des Kabinettsrates soll dem König von Spanien zur Unterschrift vorgelegt und sodann dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch übermittelt werden.

Internationale politische Bildungsanstalt.

Institut für geistige Zusammenarbeit. Bei der Eröffnung der Ersten internationalen Konferenz der politischen Bildungsanstalten fand in Berlin eine Begrüßungsfeier statt, zu der zahlreiche Vertreter des Reichs, der Länder und des Diplomatischen Korps sowie der Direktoren des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit, L. Chaize, und Vertreter von acht Staaten erschienen waren. Professor Jäckel betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß es sich bei der Konferenz nicht nur um die erste deutsche Veranstaltung des Völkerbundesinstituts für geistige Zusammenarbeit handle, sondern auch um den allerersten Kongress dieser Art in der europäischen Geschichte. Dies sei ein Zeichen des Willens einer neuen Zeit, des Willens zur Politik als Wissenschaft und als Universalität. Zweck der Konferenz sei, die Methoden, die national ungenutzte Kräfte seien, zu erörtern und voneinander zu lernen.

Keine Zentrumskandidatur Wirths in Baden.

Beischlüsse des Landesausführungsausschusses. Der Landesausführungsausschuss der Badischen Zentrumspartei hat in einer Sitzung die sich mit der Auffstellung der kandidatenliste zum Reichstage beschäftigt hat, beschlossen, den Reichstagskandidat Dr. Joseph Wirth nicht mehr aufzustellen. Spitzenkandidat des badischen Zentrums ist der jetzige Reichstagsminister Dr. Köhler, der bisher sein Reichstagsmandat hatte, dritter Kandidat der gegenwärtige Zentrumsgeschäftsführer Dr. J. Als vierter Kandidat figurirt auf der Liste Dr. Köhler.

In einem offiziellen Bericht wird zunächst die amtliche Tätigkeiten und Verdienste Dr. Wirth in sich vereinigt. Der Bericht liegt nahe, daß Dr. Wirth im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlaments gestellt werden könne. Mit Dr. Wirths Nichtwiederbeaufstellung sei in der politischen Linie des badischen Zentrums keineswegs ein Wandel eingetreten. In der Angelegenheit wurde ermahnt, daß das badische Zentrum aus Gründen der Parteizucht Dr. Wirth nicht habe wieder aufstellen können.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Unternehmung der Pfändungsangelegenheit. Der Ausschuss des Reichstages für die Lohnmann-Unternehmungen (Pfändungsangelegenheit) erörtert den vom Reichspräsidenten Dr. Hindenburg vorgelegten schriftlichen Bericht und die von ihm aufgestellten Schluß-

folgerungen. In der großen Sitzung des Reichstages ergab sich im Unterhaushalt die einstimmige Beschlusseinstimmung, während eine kleine Einzelbeschlusseinstimmung nochmals erörtert wurden. Der Bericht stellt die entscheidende Seite in der Vorbereitung. Nach Prüfung des Berichtes wird der Unterhaushalt in einer letzten Sitzung die endgültige Bestimmung vornehmen.

Beratung der Annullationsfrage.

Der Untersuchungsantrag des Reichstages für die Annullationsfrage sollte nach kurzer Beratung einen aus den Abgeordneten Dr. Gierling (Dtl.), Dr. Rosenfeld (Zog.), Söllerstein (Komm.) und einem Vertreter des Reichsjustizministeriums bestehenden Untersuchungsausschuss ein. Dieser wird sich bemühen, auf der Grundlage der Annullationsfrage zu bringen, daß nach einer gewissen Zeit der Strafbefehl die wegen eines Vermögensdelictes Verurteilten in Freiheit gesetzt werden.

Bereinigte Landvolk- und Mittelstandskassen.

In Bremen hat eine Vertretung von Landvolk- und Angehörigen des Mittelstandes aus aller drei bremischen Wahlkreisen hat sich zur Beratung der für die Reichstags- und Landtagswahl für die beschlossenen „Landvolkskassen“. Man entschied sich einstimmig dafür, für die drei Wahlkreise eine gleichlautende Kasse „Landvolk- und Mittelstandskasse“ zu benennen. Für die Bestimmungen soll die Kasse mit der Reichs- bzw. Landesliste des Reichstages Nationalen Volks verbunden werden.

Müge in Langensalza.

Der für Mittwoch in Langensalza, Kreis Nienburg, angelegte neue Verleierungsstern hat nicht ohne jeden Mißstand stattgefunden. Der Regierungspräsident von Breslau ist damit beschäftigt, die Einträge der Steuerpflichtigen gemeinsam mit den landwirtschaftlichen und amtlichen Sachverständigen zu prüfen. Es herrscht vollkommene Mühe. Die Leiter des Kreisverbandes haben ihre Zustimmung, daß keine Veränderungen vorkommen sollen, in vollem Umfang gegeben. Irregulärer Zugang von Landeuten aus der Umgegend hat nicht stattgefunden und ebenso wenig wurden die ortsansässigen Bevölkerung die amtlichen Handlungen gestört. Außer dem ortsansässigen Landeuten wurden weder Landeutenbeamte noch Schulpostrichter zugezogen.

Chevenpreise für landwirtschaftliche Leistungen.

Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat soeben 50 Staatspremiengelder des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für landwirtschaftliche Leistungen zur Verfügung gestellt. Den Staatspremiengeldern werden außer den Werbalien Bestzeugnisse ausgestellt werden. Dem Vernehmen nach sind auch für die Gewährung von Preisen seitens des Reiches noch seitens der Stadt Berlin entsprechende Anträge gestellt.

Zus. In- und Ausland.

Berlin. Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun ist an einer Grippe erkrankt.

Berlin. Der Zentrumsausschuss in Gumbrecht ist an einer schweren Grippe und Augenentzündung erkrankt.

Berlin. Aus Anlaß der Wiederkehr des Gedächtnistages Kaiser Wilhelm's I. legte der Nationalverband deutscher Offiziere am Denkmal am Schloss einen Kranz nieder.

Schweden. Der mecklenburg-schwedische Ministerpräsident Schröder verhandelt mit preussischen Regierungsfunktionären über einen gegenseitigen Handelsvertrag. Die Frage kommen für die Abgabe der Mecklenburg die im Kreis Rügen gelegenen Gebiete Rügen-Land, Rügen und für Rügen die im übrigen Mecklenburg gelegenen Gebiete Rügen-Land, Rügen-Land.

Frank. Wie man erfährt, wird der Präsident der Türkischen Republik Kemal Pascha, das Sanatorium Palas in Schmalk Ende März verlassen. Kemal Pascha will in der Tata einige Wochen bleiben, um sich von seinem Leiden zu erholen.

Wien. Auf Anweisung der belgischen Regierung mußte sich Sublow in Belgien aufhalten, wo er aufgefordert wurde, Belgien zu verlassen, da man ihn sonst ausweisen müßte. Sublow hat Belgien inzwischen verlassen und ist vermutlich nach Luxemburg abgereist.

Paris. Der durch den Tod des luxemburgischen Großindustriellen Maréchal bewirkte Vorstoß des deutsch-französischen Handelsvertrages von Seiten der belgischen und der französischen Gruppe, dem Staatsminister Dr. Reichel, Ballwin und dem ehemaligen Vizepräsidenten Charles Laurent gefolgt werden.

Genève. Präsident Colladone vertritt die in einem Brief an den Republikanischen Ausschuss des Staates Abordnung erneut auf die Kandidatur zur nächsten Präsidentschaftswahl.

Managua (Nicaragua). Präsident Díaz hat heute ein Dekret unterzeichnet, durch das eine amtliche Überwachung der Wahlen in Nicaragua festgesetzt wird.

Schanghai. Die am 15. März erfolgten Verhandlungen von Kommunisten in Japan haben großen Umfang. Die politischen Verhandlungen werden gleichzeitig in Tokio, Yokohama, Nagoya, Kyoto, Osaka, Kobe, Daikawa, Fukuoka und Hankow durchgeführt. Man nimmt an, daß etwa tausend Personen verhaftet worden sind.

Aus der Umgegend

Neuba, 24. März.

— **Winter ab!** Der böse Nachwinter hat den Rückzug angetreten, er hat dem Ansturm des Frühlings nicht standhalten können und befindet sich jetzt heute in voller Auflösung. Der Frühling ist eingezogen, die Märzsonne belebt und erfreut uns Menschen, aber auch die Natur läßt sich von den warmen Sonnenstrahlen wachrufen und scheidet sich an, neue Triebe zu entsafeln, damit zum Oberflächlichen Mutter Erde schon im neuen Grün paradien kann. Allerdings ist zur Vermehrung dieses Wunsches ein recht bald kommende warmer Regen nötig, weil der Frost der letzten Wochen jedes dieses Feuchtigkeits, die zur Bildung frischer Regenwässer unentbehrlich ist, entgegen hat. Nun auch dieser Wunsch wird gemäß zur rechten Zeit erfüllt werden, denn wir wollen nicht annehmen, daß angehört der tauigen Zeit der gute Himmel das Weinen verliert hat.

— **Definitive Sitzung der Stadtverordneten am 21. März ds. Js.** Anwesend: der Magistrat vollständig und 18 Stadtverordnete. — 1) Nach Verlesung der Niederschrift über die letzte Sitzung wurde Kenntnis genommen: a) von dem Bericht über die letzte Kassenevision, die zu Verhandlungen keinen Anlaß gab; b) der Bericht des Schulrates über die letzte Schulzeitliche Unterlegung der Kinder unserer Volksschule lag zur Kenntnisnahme vor, soll jedoch bei den Mitglidern der Stadtverordneten-Versammlung zurückbleiben; c) über einen Antrag der freiwilligen Feuerwehr auf Beibehaltung der zur Kenntnisnahme vorlag, soll erst beschlossen werden, wenn über den neuen

Haushaltsplan endgültig Beschluß gefaßt worden ist. 2) Einem Magistratsbeschlusse über einen Antrag des Ratelerrates Koch auf Nachtrag für die Zeit des Umbaus bezw. der Erneuerung des Ratelers im vergangenen Jahre, der dem Antragsteller 15%, der Pacht für die beiden ersten Vierteljahre erlassen wollte, wurde nicht zugestimmt. 3) Den größten Teil des Wunsches nahm die Beratung des neuen Haushaltsplanes in Anspruch, wobei es oft sehr lebhaft zugeht, da die Sprecher ihre persönliche Interessen sowie diejenigen ihrer Berufsgenossen vertretend, sich mit dem Magistrat der Versammlung vorgelegten Haushaltsplan nicht abfinden konnten, obgleich schon ein anderer Entwurf in 2 Sitzungen unterbreitet worden war. Auch der neue Plan erlebte das Schicksal des vorigen und wurde einstimmig zurückgewiesen. Welche Maßnahmen nunmehr der Magistrat ergreifen wird, läßt sich nach den Äußerungen des Bürgermeisters vermuten; jedenfalls wird sich nun die Regierung mit der Sache beschäftigen und ihres Selbstbestimmungsrechtes in puncto Finanzen waldisch nach der „Stilles-Ordnung“ des Vorrechtes einer Stadt ist, hat sich unsere Stadt für das kommende Jahr begeben. Als ein Zwischenziel für die jährlich erscheinende Budgettafel, die den Sitzungssaal geradezu überfüllt, kann man wohl das Vorgelegte zwischen dem Magistratsassessor Hantel und dem als Gast anwesenden Geschäftsführer der Firma Meinecke bezeichnen. 4) Dem Magistrat wurde sodann zur Aufnahme von 2 weiteren Anleihen in Höhe von 85000 Mk. einstimmig die Genehmigung erteilt. 5) Zu der Eingemeindungsfrage der benachbarten Ortsgebiete Neuba, Birgit und Jügel referierte Bürgermeister Statmann; im Anschluß daran wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, die Angelegenheit Jügel bis in die höchsten Instanzen zu verfolgen. Erst 23¹/₂ Uhr endete die Sitzung.

Konfirmanden-Liste. Am Sonntag Palmarrum werden in unserer Kirche folgende Knaben und Mädchen eingetaucht.

- | | |
|--------------------|-------------------------|
| Kurt Gramann | Herbert Mühlmann |
| Erich Jablusch | Kurt Salganann |
| Hugo Fischer | Fritz Somab |
| Otto Friedrich | Otto Stübner |
| Otto Frische | Hermann Wisel |
| Erich Ganz | Heinz Verbold |
| Gerhard Hochleiter | Richard Fischer |
| Andi Kantswell | Siegfried Rönke |
| Paul Krämmer | Robert Müller |
| Paul Wagle | Karl Dito |
| Kurt Moyer | Walter Dito |
| Alfred Müller | Friedrich Wanert |
| Kurt Dito | Martin Nindelhardt |
| Walter Ruedert | Horst Wolf |
| Karl Nammelt | Hellmut Holt |
| Kurt Neumann | Herbert Rinder |
| Erich Nothe | Otto Wieth |
| Willi Nollig | Horst Werner Gutschmidt |

Mädchen:

- | | |
|----------------------|--------------------|
| Amenarie Meyer | Gertrud Müller |
| Gertrud Widner | Marie Baisi |
| Elza Gerling | Herta Baasch |
| Gertrud Fechner | Emma Widter |
| Emmy Fischer | Tomä Stöckel |
| Annä Gröfcher | Irma Stahr |
| Hildegard Gutschmann | Wally Schröder |
| Eva Hoffmann | Martha Fische |
| Wally Hoffmann | Eva Holland |
| Erna Horbel | Helvete Franke |
| Johanna Korbel | Katharina Stehfest |
| Hertha Kämpfer | Lucie Brüdner |
| Lotte Lorenz | Ingeborg Falte |
| Erna Wagle | Armenstrand Falte. |
| Else Weidner | |

Nachzutragen zu dem Namensverzeichnis der Konfirmanden von Kleinwangen ist der Knabe Kurt Frische.

— **Abonnement-Konzert.** Auf vielseitigen Wunsch wird der Stadtmusikdirektor Konice das dritte Abonnement-Konzert an einem Sonntagabend geben und zwar bereits morgen. Wieder wie zu den vorhergehenden Konzerten wird das Programm eine Auswahl der edelsten musikalischen Schöpfungen bieten, jedoch der Besuch des Konzertes zu einem erhabenen Sonntagabend nicht gehalten wird.

— **Stadtschiffspiele.** Der große Meistersing „Metropolis“ ist für Sonntag aus Programm gestellt. Er wird im Verein mit einem trefflichen Beiprogramm die Besucher angenehm unterhalten.

— **Preisfest.** Am Sonntagmorgen treten die Meister im Startpiel in Preiz bei Herrn Gastwirt Hante zum Wettbewerb um die großen Preise an. Der Weg ist gut, ein Spaziergang zur Festzeit gehört gemäßigtem zu den Lebensbedürfnissen des Menschen.

— **Vom Sommerfahrplan.** Der am 15. Mai in Kraft tretende Sommerfahrplan wird verschiedenen Wünschen des Publikums im Unfreutliche Rechnung tragen. So wird der Personenzug 662 Arien—Naumburg wieder 40 Minuten und Zug 664 eine halbe Stunde früher fahren. Ebenfalls sind auf der Finnebahn (Saucha—Killeda) den Verkehr verbessernde Neuerungen in Aussicht genommen.

— **Verkehrsfragen.** Seitens des Verkehrsvereins Kreis Querfurt war vor einiger Zeit angeregt worden, bei der Reichsbahn die Ausgabe von weiteren Sonntagsfahrkarten an kleinen Stationen zu beantragen. Der Mitteldeutsche Verkehrsverband, der diese Wünsche weitergeleitet hat, ist leider nicht in der Lage, einen erfreulichen Erfolg zu melden, im Gegenteil ist ihm von Seiten der Reichsbahnabteilung der Weizel geworden, daß 3. die auf unserer Station zur Ausgabe kommenden Sonntagsfahrkarten nach Franzenhausen, Arien, Freyburg so wenig verlangt werden, daß Ermüdungen im Gange sind, welche Reisevergnügung wieder aufzuheben. Berufsmäßig werden mit Beginn des Sommerfahrplans Sonntagsfahrkarten für die Fahrt Freyburg—Jena und Freyburg—Weimar auszugeben werden. Im Interesse der Erhaltung der Sonntagsfahrkartenausgabe an der hiesigen Station ist es mithin erwünscht, daß jeder, der Sonntags nach einem der für diese Karten zuständigen Orte reist, eine Sonntagsfahrkarte am Schalter fordert.

Termine in Straßungen am 22. März.

Vorsitzender Amtsgerichtsrat Weisheitler, Veri. der Staatsanwaltschaft Justizinspektor Gedone in Neuba.

1) Angeklagt wegen vorläufiger Mißhandlung waren 1) der Anwalt Otto Röderich, 2) der Arbeiter Albert Beck beide in Neuba. Es wird ihnen zur Last gelegt, die ledige Arbeiterin Vertha Bräuner in Neuba körperlich mißhandelt zu haben, indem sie letztere auf dem Felde in Zügel zu Boden geworfen habe. Die Angeklagten wurden im Sinne der Anklage für schuldig befunden und jeder zu einer Woche Gefängnis verurteilt, an deren Stelle treten jedoch je 35 Mark und die Kosten.

2) Wegen eines Strafbefehls in Höhe von 3 Wochen Gefängnis hatte der Arbeiter Karl Zeine in Neuba gerichtliche Entscheidung beantragt. Er ist beschuldigt, am 10. Dezember v. J. während des Hofersanz-Bernehmens des Rittergutes Neuba im „Preussischen Hof“ sich ungebührlich benommen zu haben, weshalb er vom Polizeihauptwachmeister Reiz von Saale entfernt werden sollte, diesem jedoch Widerstand geleistet und ihm gleichzeitig beleidigt zu haben. Sein Einspruch blieb ohne Erfolg, der Strafbefehl in Höhe von 3 Wochen Gefängnis wurde bestätigt, die Kosten kommen dazu.

3) Wegen einer vollzogenen Strafbefehligen von der Polizeiverwaltung in Neuba in Höhe von einer Mark hatte der Kaufmann Otto Herrmann in Neuba gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wird ihm zur Last gelegt, die Polizeiverordnung vom 12. Sept. 1895 übertreten zu haben, indem er einen Hund ohne Erlaubnis frei umherlaufen gelassen habe. Das Gericht erließ keine Verurteilung in diesem Sinne, da der Hund von seinem Herrn überwaht worden ist, und zwar den Angeklagten frei; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

4) Angeklagt wegen fahrl. Körperverletzung war der Kraftwagenführer Wilhelm Koch in Burgscheidungen, früher in Rab Vbra. Es wird ihm zur Last gelegt, als Kraftwagenführer nicht die Aufmerksamkeit über seinen Wagen, den er gefahren hat, gemacht zu haben. Koch war Kraftwagenführer bei Herrn Ströbich in Rab Vbra und hatte bei Auftragsbekommen, die Eheleute Strach aus Ballroba nach Naumburg a. S. zu fahren. Von Ballroba nach Naumburg die Fahrt auf, von Naumburg nach Ballroba wurde der Wagen befestigt und er hatte mehrmals halten müssen. In Naumburg wurde das hintere Ende des Stahrs im Wagen mitgenommen. In Ballroba wurde der Wagen für 500 Mark von Golsen für die Angeklagte gegen einen Hund gefahren, und die Mutter Stahr dabei verunfallt, indem sie einen Hinterrad und Schlenkenteile zerbrach. In der heutigen Verhandlung ist durch den Sachverständigen festgestellt worden, daß das Steuerrod versagt hat und das hintere Ende des Stahrs zerbrach. Der Richter erließ eine Verurteilung, daß er auch selbst verurteilt hat, den Wagen zum Stehen bringen zu wollen. Das Gericht sprach deshalb den Angeklagten frei, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Baugewerbe.

Im Baugewerbe besteht ein allgemeiner verbindlich erklärter Reichstarifvertrag mit Geltungsdauer bis zum 31. März 1929. Die tariflichen Lohnabkommen laufen am 31. März 1928 ab. Die Spitzenverbände der Tarifvertragspartner sind dahin übereingekommen, die vereinbarten oder durch Entschreibung festgelegten Löhne bis zum 26. Sept. d. J. gelten zu lassen, sofern nicht die tariflichen Parteien darüber einstimmig geworden sind, daß die Regelung bis zum 31. März 1929 gelten soll. Auf Grund dieser Vereinbarung haben jetzt in Halle für das Tarifgebiet Broving Sachsen-Anhalt Verhandlungen stattgefunden. Neben einer Veränderung der Lohnklassen wurde durchweg eine Erhöhung der geltenden Löhne um 15 % für den Arbeitermerkfeste gefordert für die Zeit vom 1. April bis 26. September d. J.; außerdem wurde eine Herabsetzung der Lohnarbeiter in der Lohnhöhe gewünscht. Katastrophisch ist also die Forderung nicht mit 15 % zu beifügen, wächst vielmehr noch weiter um den Betrag, der durch den Antrag auf Verlesung einzelner Orte in eine höhere Klasse sich ergeben würde. Bei diesen Forderungen war eine Einigung der Parteien unmöglich, die Verhandlungen finden nunmehr am 26. d. Mts. vor dem Tarifamt in Halle statt.

Wiese. Ein Kind unserer Stadt, Herr Major Franz Wänzenberg, Sohn des verstorbenen Stadtschulzen Franz Wänzenberg, ist zum Oberst befördert und von Potsdam nach Breslau versetzt.

Arten. Der Aufsichtsrat der Aktien-Maschinenfabrik Krippschütz, Arten, beschloß der zum 17. April einzuübenden Generalversammlung die Verteilung von 50% Dividende (im Vorjahr 4%) vorzuschlagen.

Esleben. Der Polizeihauptwachmeister Schumacher vom hiesigen Schupolisstellkommando hat eine Verordnung zur Verhütung von Gas, Wasser- und Hochspannungsgefahren zum Patent angemeldet. Diese Verordnung löst bei Auftreten schädlicher Gase durch Erzeugung eines Gasfeldes, der einen Draht durchschmilzt, ein Signal aus.

Gerstfeld. Eine 70 Jahre alte Frau, die in der Nacht aufgefunden war und ein Licht angezündet hatte, zog dieses um, worauf ihre Kleidung sofort Feuer fing. Es hätte eine Stelle war, hatte sie bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie wenige Stunden nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

Weißenfels. Zwei Schußfabriken sind hier in Konturs. Bei der Fabrikverleerung wurde festgestellt, daß bei der Schußfabrik Wädel, Rom-Gel. Posten die Höhe von 850000 Mk. und bei der Schußfabrik Stolle & Co. die Posten von 214000 Mk. erreichen. Bei erkannter Firma werden die Gläubiger voranschicklich 5 Prozent ihrer Forderung aus der Masse erhalten, bei der anderen Firma geben die Gläubiger vollkommen leer aus.

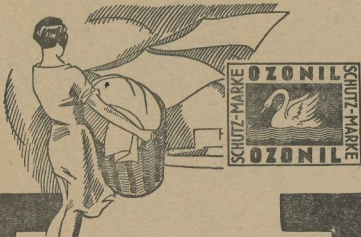
Esferwerda. Auf dem Heimweg von einem Langvergnügen wurde am Sonntag der Sohn des Gutsbesizers Hoffmann aus Frauwalde von zwei Dieben aus Klein-Arnheim überfallen und durch Steiche so schwer verletzt, daß der Lebererlände sofort zusammenbrach. Der Tod trat infolge Verblutung nach kurzer Zeit ein. Ein Tisch hatte die Schlagbeur getroffen. Die Mörder wurden gefasst ermittelt und verhaftet.

Männerkonzert im Rundfunk. Das zweite Winterkonzert der Berliner Liedertafel (in Form einer Schürkefeier) findet am 22. März in der „Bühnenharmonie“ statt. Sollen sich Frau Liebenberg, Hans Hoffmann, Walter Drenthel. Die Wiederholung des Konzerts am 30. März in der Singkade wird durch Rundfunk (Welle Berlin) übertragen. Dr. König, der Vorsitzende der Berliner Liedertafel, wird einen einleitenden Vortrag über das Schaffen Schürkes halten.

— Jahres-Hauptversammlung des Landesverbandes Halle-Merseburg des Mitteldeutschen Handwerker-Bundes. Der Landesverband Halle-Merseburg des Mitteldeutschen Handwerker-Bundes hielt am Sonntag in Halle im Hotel „Rotes Rad“ seine Jahreshauptversammlung ab, der auch der Bundespräsident Obermeister Götner-Graf und der Geschäftsführer des Bundes, Dr. Sebel-Graf, sowie der Präsident des Handwerkskammer Halle, Obermeister Biesfeld, beizuhören. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Obermeister Mitsching-Halle, begrüßte die erschienenen Vertreter der einzelnen Ortsgruppen aus dem ganzen Regierungsbezirk Merseburg und die oben genannten Herren, wozuf der Geschäftsführer Dr. Zeuloff den Geschäftsbericht erläuterte. Aus diesem war zu entnehmen, daß der Landesverband im Reichshofe wiederum große Fortschritte zu verzeichnen hatte, eine Reihe neuer Ortsgruppen konnte gegründet werden. Der Landesverband zählte am Jahresabschluss in 48 Ortsgruppen rund 5000 Mitglieder. Wenn man bedenkt, daß es im Regierungsbezirk Merseburg etwa 25.000 Handwerksbetriebe gibt, so ist doch nur ein Fünftel der Handwerker organisiert, und dies zum Schaden des ganzen Handwerks. Nach einer kurzen Übersicht über die

organisatorische Tätigkeit des Verbandes erörterte er die Aufgaben der Organisation für die Zukunft. Nach Erstattung des Jahresberichts wurde sowohl dieser als auch der Geschäftsbericht von der Versammlung genehmigt. Sodann berichtete Dr. Zeuloff über die Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Einzelhandelsverband und dem Selbstverband. Im diese drei Organisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, soll mit dem Handwerkerbund, dem Einzelhandelsverband und dem Selbstverband eine Arbeitsgemeinschaft gegründet werden, die zu den großen wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen soll. Nachdem der Bundespräsident Götner-Graf hierzu die nötige Aufklärung gegeben hatte, stimmte die Versammlung dieser Arbeitsgemeinschaft zu. Die Stellung des Mitteldeutschen Handwerkerbundes zu den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen erläuterte ebenfalls Dr. Zeuloff. Der Vorstand des Landesverbandes Halle-Merseburg ist bereits mit den bürgerlichen Parteien des hiesigen Wahlbezirks in Verhandlungen getreten, und es ist sichere Aussicht vorhanden, daß die Deutschnationale Volkspartei den bisherigen Landtagsabgeordneten Horn in Gilenburg, die Deutsche Volkspartei den Schlossmeister Michel-Halle an zweite Stelle auf die Reichstags-

liste setzen werden. Die Wirtschaftspartei hat auf die Landtagsliste zwei Handwerksmeister und auf die Reichstagsliste den Vorsitzenden des Provinzial-Handwerkerbundes, Herrn Zehbe, an erste Stelle gestellt. Von der Demokratischen Partei ist ebenfalls ein Handwerker in Aussicht genommen. Dr. Zeuloff betonte, daß die Handwerker sich mit aller Energie dafür einsetzen müßten, daß die Parteien in dieser Angelegenheit mehr entgegen kommen müßten. In der Aussprache hierüber erklärte Bundespräsident Götner, daß der Mitteldeutsche Handwerkerbund vollständige Neutralität allen bürgerlichen Parteien gegenüber wahr zu nehmen. Nur müssen die Handwerker aufgeklärt werden, die den Handwerkerbund genehm und geeignet sind, die Handwerker in den Parlamenten zu vertreten. Es besteht aber die begründete Aussicht, daß wir bei den kommenden Wahlen mehr entgegen kommen werden. Die Versammlung beauftragte den Landesverbandsvorstand, alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Zur Durchführung der Wahlen soll eine Wahlumlage von 2 Mark pro Mitglied erhoben werden. Ein Antrag, die Spitzenorganisationen des Handwerks und des Handels möchten alles aufbieten, die Gewerbe- und Hausindustriellen zu befechtigen, fand Zustimmung.



Immer wieder freut man sich über die wundervolle Reinigungskraft des Ozonil. Es ist das ideale Waschmittel, das sich jede Hausfrau schon lange gewünscht hat. Waschen Sie darum nur mit Ozonil

Hergestellt in den Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver

Das schönste

Konfirmations-Geschenk
für Knaben und Mädchen ist

1 Sparbuch

bei der

Stadtparkaffe Nebra.

Schützenhaus. Schützenhaus.

Sonntag, den 25. März, von abends 8 Uhr an

3. Abonnements-Konzert

der Nebraer Stadtkapelle

unter persönl. Leitung von Stadtmusikdirektor F. Künike

Anschließend: **Tanzkränzchen.**

Hierzu laden freundlichst ein

F. Künike, Stadtmusikdirektor. A. Janda, Schützenhauswirt.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 25. März cr., abends 8¹/₂ Uhr:

„Metropolis“

Feiner:

„Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege...“

Es ladet freundlichst ein

Mag Bergwardt.

PREITZ

Sonntag nachmittag von 3 Uhr an

Preisskat.

Es ladet freundlichst ein

P. Henke.

Fließiges, ehediges Hausmädchen

nicht unter 19 Jahren, perfekt in allen Arbeiten, nicht mehr-fahren im Kochen, zum 1. April gesucht. Nur solche, die schon in ähnlicher Stellung waren und gute Zeugnisse besitzen, wollen sich vorstellen bei

Frau Koch
Breitelstraße 4.

Apfel

1 Pfd. 10 Pf.
verkauft **Gustav Horbel,**
Notentalstr.

Benötigen Sie

für die Oster-Feiertage

WEINE

und ZIGARREN

so wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an die Firma

R. BARTHEL



Tanz-Unterricht.

Mein nächster Kursus beginnt am Montag, den 16. April, von abends 8 Uhr ab im Nebraer Schützenhaus. Gefällige Anmeldungen dabeifich erbeten, wo ebenfalls auch die Liste zum Einschreiben ausliegt.

Frau J. Hartmann, Tanzlehrerin.

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer ROSSLEREN

Soeben erschienen:

Das führende Schlager-Album

Zum 5-Uhr-TEE

Band 10

mit 20 der z. Zt. besten und beliebtesten Tanz-, Lieder- und Operetten-Schlager

Für Klavier mit vollständigen Texten! Ungekürzte Original-Ausgaben!

INHALTSVERZEICHNIS

- | | |
|--|---|
| 1. Trink, trink, Brüderlein trink. Das populäre Schlagerlied. <i>Waldem Lindemann.</i> | 11. Lene Lehmann ging mal spazieren. Lied und Foxtrot. <i>Hermann Leopoldi.</i> |
| 2. Geh' Bub! (Do the Black-Bottom with me) Black-Bottom. <i>G. W. Meyer.</i> | 12. Bidasari. Blues-Intermezzo. <i>P. Josef.</i> |
| 3. Liebst Du mich noch? Tango-Lied. <i>Michael Eisemann.</i> | 13. Eine hat mich geküßt. (Blue skies) <i>Iring Berlin.</i> |
| 4. Benjamin, ich hab nichts anzuzeig'n! Lied und Foxtrot. <i>Jana Bemes.</i> | 14. Die Braut vom Alexander, die geht so auseinander. Lied u. Foxtrot. <i>Rudolph Nelson.</i> |
| 5. Mir geht's gut! (Ain't she sweet) Foxtrot. <i>Ager und Yellen.</i> | 15. Jeanne-Marie. (Sweet Marie) Foxtrot. <i>Alex Frankl.</i> |
| 6. Roszi! Lied und Foxtrot. <i>Fred Markush.</i> | 16. Auf der Wartburg blüh'n wiederum die Rosen so rot! Lied. <i>Ralph Erwin.</i> |
| 7. Mary Lou. Lied und Boston. <i>Willy Engel-Berger.</i> | 17. Henriette. Lied und Foxtrot. <i>Richard Fall.</i> |
| 8. Onkel Gustav hat mir was mitgebracht. Shimmy. <i>Haus Otten.</i> | 18. Tango Beatrice. (Roter Mund, der nur im Süden blüht!) <i>Dr. Jos. Freudenhal.</i> |
| 9. Dein Kirschenmund hat mich gesund geküßt. Lied und Slow-Foxtrot. <i>Robert Stolz.</i> | 19. Augen, in denen die Liebe träumt. Tango-Serenade. <i>Frida Grothey.</i> |
| 10. Ninon. (So blue) Lied u. Valse-Boston. <i>Sylvia, Brown und Henderson.</i> | 20. Mabel, ach Mabel. Duett und Foxtrot aus der Operette „Die Königin“. <i>Oscar Straus.</i> |

Erstklassige Ausstattung!

Preis RM. 4.—

Künstl. Fünffarben-Titel!

Die früher erschienenen Bände sehen hier empfehlend in Erinnerung gebracht. Vollständige Inhaltsverzeichnisse bitte kostenlos zu verlangen.

7 verschiedene Bände in eleganter Kassetten für nur RM. 20.— erhältlich.

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder durch den Verlag

Anton J. Benjamin, Leipzig C 1
Täubchenweg 20

Vorrätig in der **Buchhandlung Wilh. Sauer, Roßleben**

1a Eiderfettkäse 20%

9 Pfd. = Mk. 6.30 franko
Dampfkäsefabrik Reudburg.

Zur Konfirmation u. für die Osterfeiertage

empfehle

sämtl. Backwaren

in nur guten Qualitäten

Frucht- und Gemüse-Konferven

Kirschen, Erdbeeren, Mirabellen, Retschclauden;

Spargel, Leipziger Allerlei,

Junge Erbsen und Gemüse-Erbsen

Getrocknete Früchte:

Aprikosen, Mispelobst und Pfäumen.

Rhrberg's Würstchen in Dosen

zu 8 und 5 Paar und 5 Stktd.

ff. gerösteten Kaffee ^{1/2} Pfund zu

Mk. 1.— und 1.20

Div. Spirituosen wie: Weinbrand, Alten Korn,

Stähre usw. in Flaschen u. Loth.

Sohnannisbeer- und Stachelbeerwein pro Flasche Mk. 1.—,

Erdbeerwein Mk. 1.20.

Nebra. Ww. Meitz.

Danksagung.

Hierdurch herzlichsten Dank Allen, welche während der Krankheit unserer lieben Mutter dieser hilfreich und liebevoll zur Seite gestanden haben. Insbesondere sei innigst gedankt der Familie H. Heinicke.

Nebra, im März 1928

In tiefer Trauer

Curt und Frieda Möder.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 RM.

Schriftleitung: Wiltz, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 15 Pf. Angenommene Anzeigen auf Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Württemberg.

Nr 36

Sonnabend, den 24. März 1928

41. Jahrgang

Die Hag'.

Ein Minister von heutzutage hat's nicht leicht. Mit tausend Seiten muß er sich beschäftigen, mit den Parteien, die immer alles besser wissen wollen, mit den Zeitungen, die ihn kritisieren — und im Reichstag oder im Landtag muß er sich stundenlanges Neben anhören. Wehe ihm, wenn er etwa ausreißt; dann tauft die Empörung riefenhoch.

Mit tausend Seiten muß er aber auch herumbindern. Mit den Parteien, seiner eigenen vor allem, mit Parlamentariern und Industriellen, mit der Presse und zehntausend Organisationen jeder Art, fremden Gesandtschaften usw. Und wehe ihm, wenn er sich irgendwo „drückt“; dann ist alles empört. Ein bekannter Staatssekretär hat einmal melancholisch geäußert, man könne während des Winters sozusagen aus dem Fräseband gar nicht heraus.

Und dabei hat so ein Minister schließlich doch noch allerhand anderes zu tun, nämlich zu arbeiten, sein Ministerium nicht bloß zu „leiten“, sondern Entscheidungen von bisweilen allergrößter Tragweite zu treffen, die vorher ein gründliches Arbeit verlangen.

Retter der Provinzpresse Dr. Stresemann ein humoristisch-bewegliches Mitglied gewesen und dabei auf das Wort Wilhoms erinnert, daß „viele Diplomaten an den Dingen zugrunde gehen“. Es sei die richtige „Hag“, um diesen weisheitlichen bayerischen Ausdruck zu gebrauchen. Aber nicht bloß im geschäftlichen Leben, sondern auch im gesellschaftlichen und nicht zuletzt im politischen Leben. Man komme ja schon fast gar nicht mehr dazu, in ein ordentliches Theater oder in ein Konzert zu gehen, löbte der Minister auf, fände auch kaum dazu, einmal ein vernünftiges Buch zu lesen — was doch alles schließlich für einen achselzuckenden Menschen eine Notwendigkeit sei.

Überall dieselbe Hag, und die Hauptbühne, nämlich die Wahrheit, steht uns ja noch bevor! Denn zur Hag wird der Wahlkampf, wenn er allzulange dauert, insbesondere für einen achselzuckenden Menschen eine Notwendigkeit sein. Doch daraus wird kaum etwas werden. Dann schließt er die Schule seines humoristischen Bornes über die Zeitungen aus: es gibt zwar in der Großstadt und sie erscheinen so oft, es ist wirklich so; ebenjovonwie bei der Großstadtmenschen. Was das Leben hier ist, ist er auch nur zwei, drei Stunden davon sicher, daß man ihm eine neue Zeitung vor die Nase hält. Vom Morgenrauschen bis in die tiefe Nacht hinein ist sein Weg mit „neuen Ausgaben“ gepflastert und nicht zugunsten wirklicher Zeitüre dieser Wälder. Und auch nicht zugunsten der Redaktionsarbeiten, denn die Städte der größten Hag ist schließlich eine moderne großstädtische Redaktion. Dr. Stresemann plädiert für eine täglich nur einmalige Zeitungsausgabe.

Eherlich würde dann die Qualität des deutschen Zeitungswesens sich bessern, weil mehr Wert auf die zeitliche Verarbeitung als auf die möglichst zusammengepackte Massenfähigkeit des Stoffes gelegt werden könnte. Von anderer Seite wurde auf dem Empfang gerade hierüber ein in humoristische Form gekleidetes, aber sehr ernsthaftes Wort gesprochen, nämlich der Hinweis darauf, daß es außerhalb Berlins, seiner Zeitungswelt und seiner öffentlichen Meinung auch noch ein „richtiges“ Leben gibt, „Probing“, mit einem gewissen Beifang freundschaftlicher Aufmerksamkeit, aber unmissverständlich betonten Weisheitlichkeit gepöbelt wird. Daraufhin kann aber — weitestens in Deutschland — die Provinz mit einem beifügen: „Doh! Wir sind auch noch da!“ antworten. Schließlich unterliegen ja nur fünf Millionen Berliner dem unmittelbaren Einfluß der großstädtischen „Hag“, Presse, also nur der dreizehnte Teil der deutschen Gesamtbevölkerung. Die „Probing“-Presse hat also einen zahlenmäßig weitestens stärkeren Einfluß und vermag ihn wahrzunehmen, vielleicht sogar besser als drinnen auf dem Apparat der Großstadt, weil eben hier die Hag nicht so groß ist. Weil es ihr mehr auf das Weite und Was ankommt als auf das Vieviel. Und weil sie, Dattel Bräutigam Wort getren, mehr Wert auf die Nichtigkeit als auf die Fingertät legt. „Probing“-Presse mit jenem Beifang freundschaftlicher Aufmerksamkeit — nun, Wisard wählte ein bekanntes großes Provinzialblatt zum publizistischen Organ seiner anheupolitischen Ansichten und Abfichten; auch nach seinem Abschied aus dem Amt hat er bekanntlich wieder eine Provinzzeitung als Sprachrohr benutzt.

Die Bedeutung der Parteien.

In seiner Rede vor dem Verband der ausländischen Presse kam Dr. Stresemann auch auf die Bedeutung der Parteien zu sprechen. Die Parteien, so meinte er, sind heute mit viel größerer Verantwortlichkeit in das Staatsleben eingeschaltet als früher. Es wäre durchaus eine diskussionsfähige Idee, daß den Parteien nach der Stimm-

zahl, die sie erhalten haben, die Wahlkreise erstreckt werden. Es darf nicht sein, daß für das öffentliche Leben erwünschte Kräfte, bloß weil sie die Wahlkosten nicht bezahlen können, von der Mitwirkung am politischen Leben ausgeschlossen werden. Ohne ein Zusammengehen von Parteien können wir in Deutschland nicht regieren, und nie ist unsere heutige Zeit in den Augen der Welt weniger schön erschienen, als während der Zeit wochenlangter Verhandlungen über die Regierungsbildung. Ohne Koalition ist eine Politik in Deutschland nicht möglich. Lassen Sie uns hoffen, daß Einigkeit und Sachlichkeit über diejenigen den Sieg davontragen, die glauben, daß nur eine Partei „legitim“ das Sagen in Deutschland bringen kann, und daß auch bei scharfer Kampfe eine bleibt, die Eingabe an Volk und Vaterland, wie sie die Persönlichkeit des Reichspräsidenten uns zeigt.

Die Reichsbahn um Millionen geschädigt.

Ein unehrlicher Reichsbahnüberbauert.

Bei dem größten deutschen Unternehmen, der Reichsbahn, ist ein Befugungsstand aufgedeckt worden. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft hatte bereits im Herbst vorigen Jahres einen Ausschuss zur Reorganisation des Eisenbahnverkehrs in Deutschland, mit seiner laienmässigen Beamten- und Angestelltenführung, über die oberste Ebene, eingeleitet. Gerüchte über Befugungen und andere Unregelmäßigkeiten kursierten schon damals.

Nachdem genügend Verdachtsmaterial gesammelt war, wurde ungefähr sechs Wochen die Staatsanwaltschaft beauftragt, die nunmehr ihre Untersuchung so weit vollendet hat, daß die Verhaftung des Oberbauers Schulte zum Eisenbahnzentralamt zu erwarten ist. Für die Erstellung von Aufträgen allein von einem Unternehmen soll er rund 100 000 Mark erhalten haben.

Der beschuldigte Oberbauert Schulte, der beim Eisenbahnzentralamt in erster Linie als Konstrukteur tätig war, hatte eine Gründung gemacht, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Abfahrtsgerätschaften brachte. Als Beamter hätte er diese Erfindung seiner Behörde zur Verfügung stellen müssen. Das tat Oberbauert Schulte jedoch nicht, sondern er schloß im November 1924 mit einer Kölner Firma einen Vertrag, in dem ihm für alle Anläufe der Schützigen Gerätschaften durch das Eisenbahnzentralamt

eine Provision von 5 Prozent zugesichert wurde. Schulte verstand es, auf die Befugungsabteilung infolge seiner Tätigkeit, daß von dort aus tatsächlich die Kölner Firma in sehr harter Weise herangezogen wurde. Er soll jedoch in ihm zusehendem Lizenzgebühren nur zum Teil erhalten haben. Auf dem Wege von Köln nach Berlin ist ein Teil der für ihn bestimmten Summen hängengeblieben.

und von einem Angestellten unterschlagen worden. Es ist damit zu rechnen, daß die Untersuchung noch weitere Aufdeckungen erfährt, zumal jetzt auch noch andere Gerüchte endlich nachgeprüft werden sollen, die über das Zentralamt im Umlauf sind.

Wie hoch die genannten Befugungsgelder insgesamt sind, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Fast steht jedoch, daß es sich um mehrere Hunderttausend Mark handelt. Die Schäden, die die Reichsbahn erlitten hat, sollen sich auf mehrere Millionen Mark belaufen. Gegenwärtig werden die Befugungen und die Belege der Lieferungen einer genauen Prüfung unterzogen. Die Kölner Eisenbahngesellschaft, der auch noch gegenwärtig

Reichsbahnfreite.

Der Reichsbahnminister hat in der Sitzung des Reichstages am 23. März 1928 die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt.

Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt.

Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt.

Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt. Die Freite der Reichsbahn wird durch die Freite der Reichsbahn für den 1. April 1928 angekündigt.

Stapitals der Rentenbankfreitebank nicht überfordern. Ausgeschlossen ist die Freiteigung auch hier an Unternehmungen, die unmittelbar oder mittelbar mit der Freiteigung oder ähnlichen Freiteigungen in Geschäftsverbindung stehen.

Die zukünftige Rentenbankfreitebank.

Das preussische Kabinett hat eine Vereinbarung zugestimmt, die zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Vertretern Preussens getroffen wurde. Das dieser Vereinbarung wird der Konflikt wegen der Novelle über die Rentenbankfreitebank beigelegt. Das Ziel der Rentenbankfreitebank, darleben zu gewähren, wird auf 10 Prozent ihres Grundkapitals, also auf etwa 30-35 Millionen Mark, beschränkt. Weiterhin darf die Rentenbankfreitebank Darlehen und Freiteigungen nicht höher als 5 Prozent des Grundkapitals sein, wobei für den Erwerb von Freiteigungen die Zustimmung von zwei Dritteln des Verwaltungsrats erforderlich ist.

Spanien wieder im Völkerverbund.

Der Madrider Kabinettsrat hat nach aus der spanischen Hauptstadt kommenden Meldungen unter dem Vorsitz Primo de Rivera den Beschluß gefaßt, der Aufforderung des Völkerverbundes aufzutreten. Spanien in den Völkerverbund Folge zu leisten. In dem Beschluß des Kabinettsrates ist es heißen, daß Spanien vor zwei zurückzuziehen, daß jedoch diese Gründe nimmer in Fortfall gekommen seien. Spanien verbleibe weiter im Völkerverbund, aus dem es niemals ausgeschieden sei. Der Beschluß des Kabinettsrates soll dem König von Spanien zur Unterzeichnung vorgelegt und sodann dem Generalsekretär des Völkerverbundes telegraphisch übermittelt werden.

Internationale politische Bildungsanstalt.

Zurzeit für geistige Zusammenarbeit. Bei der Gründung der ersten internationalen Konferenz der politischen Bildungsanstalten fand in Berlin eine Begrüßungsfest statt, zu der zahlreiche Vertreter des Reichs, der Länder und des Diplomatienfeldes sowie der Direktor des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit, Luchaire, und Vertreter von acht Staaten erschienen waren. Professor Jäb betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß es sich bei der Konferenz nicht nur um die erste deutsche Veranstaltung des Völkerverbundes für geistige Zusammenarbeit handelte, sondern auch um den allerersten Kongress dieser Art in der europäischen Geschichte. Dies sei ein Zeichen des Willens einer neuen Zeit, des Willens zur Politik als Wissenschaft und als Universalität. In der Konferenz sei die Methoden, die national und international verschieden seien, zu erörtern und voneinander zu lernen.

Keine Zentrumskandidatur Wirths in Baden.

Beschlüsse des Landesausschusses. Der Landesausschuss der Badischen Zentrumspartei hat in einer Sitzung, die sich mit der Auffassung der Kandidatenliste zum Reichstanzler hat beschäftigt, die Entscheidung nicht mehr aufzustellen. Spitzenkandidat des badischen Zentrums ist der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Köppler, der bisher kein Reichstanzlermandat hatte, zweiter Kandidat ist der Abgeordnete Dieck, dritter Kandidat der gegenwärtige Zentrumsabgeordnete Gröning. Als vierter Kandidat figuriert auf der Liste Dr. Köppler.

In einem offiziellen Bericht wird zunächst die amerikanische Kandidatur Dr. Wirths erwähnt und betont, welche Fähigkeiten und Verdienste Dr. Wirth in sich vereinigt. Der Wunsch liegt nahe, daß Dr. Wirth im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlaments gestellt werden könne. Mit Dr. Wirths Richtwiedererfassung liegt in der politischen Linie des badischen Zentrums keineswegs ein Wandel eingetreten. In der Aussprache wurde erwähnt, daß das badische Zentrum aus Gründen der Parteizugehörigkeit Dr. Wirth nicht habe wieder aufstellen können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Unterlegung der Währungsangelegenheit. Der Ausschuss des Reichstages für die Lohnmann-Unternehmungen (Währungsangelegenheit) erörtere den vom Berichterstatter Abg. Feinig (Soz.) vorgelegten schriftlichen Bericht und die von ihm aufgestellten Zahlen.